

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 03/2010

17. Jahrgang

17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. April 2010

## Rathauskooperation verweigert sich jeder guten Idee

Mit auf den Weg ...

Wie üblich erteilte der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Peter Schüler, dem Vorsitzenden der stärksten Fraktion in der StvV, der LINKEN, das erste Rede-recht in der Debatte zum Haushalt 2010. So war zwar eine direkte Reaktion auf die laufende Debatte nicht möglich, aber Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg gelang es dennoch, wirkungsvoll die wesentlichen Standpunkte der LINKEN zu platzieren.

Ein Haushaltsentwurf sei vorgelegt worden, „der angesichts der Finanzkrise ... realistisch und insgesamt akzeptabel ist“. Scharfenberg führte dies auf die bevorstehende Oberbürgermeisterwahl zurück, angesichts derer möglichst alles vermieden werden sollte, was einer

Wiederwahl entgegenwirken würde. Er erinnerte aber an eine Reihe von Fehlentscheidungen, die vom Oberbürgermeister zu verantworten sind und die die Stadt zusätzlich belasten, wie die 4 Millionen Euro Verlust durch die „Niemeyerpleite“, die Verfahrensweise beim Badneubau auf dem Bornstedter Feld, in der die Stadt nunmehr die gesamte Finanzierung allein aufbringen muss, abgesehen davon, dass sich die Rathauskooperation eines Bürger-votums zum neuen Standort verweigerte. Dennoch stellte Scharfenberg Zustimmung der Linksfraktion in Aussicht, sollten deren Änderungsvorschläge ange-



Ein kostenloses Schulessen für diejenigen, denen die Stadt bisher einen Euro dazugibt, wollte die LINKE in den Haushaltsplan einbringen. Die 70.000 Euro für 2.200 Bedürftige in der Stadt will die Rathauskooperation nicht aufbringen.

nommen werden, „denn sie bewegen sich im Rahmen der Potentiale des Haushaltsplanes. Unsere Forderungen umfassen ein Volumen von 120.000 Euro, die wir für kostenloses Schulessen, für den Ehrenamtspass, für freiLAND und für den Offenen Kunstverein einsetzen wollen.“ Als Deckungsquelle nannte Scharfenberg die geplante Erhöhung der Mittel für gutachterliche Tätigkeit um knapp 150.000 Euro, was faktisch etwa eine Verdoppelung der bisherigen Haushaltsposition bedeutet.

Die Vorschläge wurden sämtlich durch die Rathauskooperation abgelehnt.

(Seite 3)

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Stadt hat endlich einen Haushaltsplan für das Jahr 2010, der jetzt der Kommunalaufsicht zur Prüfung vorgelegt wird. Da der Oberbürgermeister offensichtlich kein Interesse an einer breiten Zustimmung zum Haushalt hatte, sind alle Haushaltsanträge der Linksfraktion von der bürgerlichen Rathauskooperation abgelehnt worden, obwohl sie mit 120.000 Euro und einer entsprechenden Deckung zweifellos im finanziellen Leistungsvermögen der Stadt liegen. Damit ist, nicht aus finanziellen Gründen, eine weitere Chance für die Einführung des kostenlosen Schulessens als Form des sozialen Ausgleichs in Potsdam verspielt worden. Man hat fast den Eindruck, dass die krampfhaftige Ablehnung daraus resultiert, weil es sich dabei um ein dringendes Anliegen der LINKEN handelt. Ungenutzt blieb auch die Möglichkeit, die endlich durchgesetzte Einführung eines Ehrenamtspasses finanziell abzusichern. Obwohl bereits im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2009 beschlossen, ist der Bau des Radweges zwischen Schlaatz und Stern im Rahmen des Radwegekonzeptes ebenfalls abgelehnt worden.

Die Vielzahl der von den LINKEN gesetzten Themen vom Defizit an Gesamtschulplätzen über das erneut gescheiterte Projekt eines Tierheimneubaus in Potsdam bis zum uneingelösten Versprechen der Sicherung einer Nahversorgung am Schilfhof (Schlaatz) ist letztlich Ausdruck von Fehlentscheidungen oder Versäumnissen des Oberbürgermeisters. DIE LINKE wird bei diesen und anderen Themen, die die Bürger bewegen, nicht locker lassen.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Offenbarungseid und Taschenspielertricks

Grundsätzlich wäre der Haushalt der Landeshauptstadt als Thema allein bereits spannend genug gewesen für die Sitzung der Stvv. Überschattet



wurde diese wichtige Debatte von weiteren unschönen Höhepunkten, so z.B. den Geschehnissen am Seeufer von Groß Glienicke, wo sich Sperrungen wie am Griebnitzsee nunmehr zu wiederholen drohen. Erfreulicherweise wird die Stadt hier einen konsequenteren Weg beschreiten und hat erste Schritte auf dem Weg zu Enteignungen bereits getan.

Einen Offenbarungseid leistete auch die CDU mit der Abwahl ihres Stellvertreters aus dem Präsidium aufgrund parteiinterner Auseinandersetzungen. Dafür die SVV als Bühne zu missbrauchen, hinterließ bei vielen Anwesenden einen schalen Beigeschmack. Und auch die Haushaltsdiskussion selbst war nicht gerade eine Sternstunde der Demokratie. Über eine Redezeitbegrenzung wurden weitergehende Auseinandersetzungen ohnehin verhindert. Deckungsquellen für die Anträge der LINKEN waren grundsätzlich ungeeignet, während sie für Anliegen der Kooperation herangezogen werden konnten. Anträge, die außer ihrem Absender inhaltlich nichts gemein hatten, wurden im Block abgestimmt, was eine sachliche Entscheidungsfindung gänzlich unmöglich machte. Dies ist umso bedauerlicher, als das der Haushalt mit vergleichsweise moderaten Verschiebungen um 120.000 Euro, z.B. zu Gunsten des kostenlosen Schullebens auch für die LINKE zustimmungsfähig gewesen wäre.

*Stefan Wollenberg arbeitet für die Fraktion der LINKEN in den Ausschüssen Bildung und Sport, Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, Eingaben und Beschwerden sowie dem Jugendhilfeausschuss*

### Rechte von Kindern

Wie die Rechte von Kindern in das Verwaltungshandeln aufgenommen werden können, soll geprüft werden. Desweiteren wird die Landesregierung aufgefordert, die bundesweiten Initiativen zur Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz zu unterstützen.

### Nahversorgung am Schilfhof

Wie DIE LINKE schon lange fordert, soll die Nahversorgung am Schilfhof entsprechend der Verträge durchgesetzt werden.

### Verwaltungsstruktur

Über Strukturveränderungen, die der Oberbürgermeister in seiner Zuständigkeit beabsichtigt, ist die Stadtverordnetenversammlung zu informieren.

### Lkw-Führungskonzept

Das Lkw-Führungskonzept für die Stadt ist zu aktualisieren, inbegriffen die Prüfung eines Nachtfahrverbotes.

### Winterschäden

In der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird der Oberbürgermeister über den Stand der Straßensanierung nach Winterschäden berichten.

### Beirat Treffpunkt Freizeit

Auch bei einem neuen Träger des Treffpunktes Freizeit einen Beirat der Stadtverordneten einzurichten, wurde abgelehnt.

■ Da der Bedarf an Gesamtschulplätzen bei weitem die Kapazität übersteigt, soll in der Stadt ein bedarfsgerechtes Angebot erreicht werden.

■ Das Standortkonzept „Campus Haeckelstraße“ ist zu überarbeiten.

■ Die Sanierung der Turnhalle Kurfürstenstraße ist in die Planungen aufzunehmen.

■ Die Möglichkeit eines Anbaus an die Stadteilschule Drewitz wird geprüft.

■ Eine Sperrung der Humboldtbrücke aus finanziellen Gründen soll ausgeschlossen werden.

■ Ein Parkverbot in der Eigenheimsiedlung Vogelsang soll beraten werden.

■ Über die Nutzung des Hauses „Im Guldernen Arm“ für Dauerausstellungen wird beraten.

■ Im Hauptausschuss soll beraten werden, auf welche Weise ein neuer Betreiber für ein neues Tierheim gefunden werden kann. Dabei soll der Tierschutzverein berücksichtigt werden.

■ Beraten werden soll, wie die Potsdamer ihr Geld eher in der Stadt als außerhalb ausgeben. Potsdam habe zwar im Vergleich die höchste Kaufkraft der ostdeutschen Städte, aber nur rund 80 Prozent davon bleiben in der Stadt.

■ Die Gestaltung des Luisenplatzes mit dem Projekt „Stelen der Partnerstädte“ der Fachhochschule wird im Hauptausschuss beraten.

## „Der Weg in den Landtag wird zur Sackgasse.“

*Das sagte Dr. Joachim Kuke, als Architekt im Vorstand des Vereins Potsdamer Stadtschloss e.V. auf der Stvv.*

*DIE LINKE hatte Rederecht für die Bürgerinitiative „Mitteschön“ beantragt, damit die Bedenken gegen die Ausführung des Landtagsneubaus vorgebracht werden konnten. Dies sei keine parteipolitische Angelegenheit, meinte der Fachmann, denn abgesehen von der nun bekannt gewordenen „Stauchung“ des Grundrisses um 40 – 50 cm sei auch der Weg durch den Innenhof von West nach Ost nunmehr zugebaut, um Büroräume zu gewinnen. Damit sei der Innenhof nur noch durch das Fortunaportal zu begehen und der Neubau werde zur „Barriere, die das Schloss nie war“.*

*Hans-Jürgen Scharfenberg betonte, dass gerade die Gestaltung des Neubaus als „Haus des Volkes und der Demokratie“, also die Begehrbarkeit für die Öffentlichkeit, einer der wesentlichen Punkte der LINKEN war, letztendlich dem Projekt zuzustimmen. Es gehe nicht um*

*die Wiedererrichtung des Stadtschlusses, sondern um ein öffentliches Gebäude, das in das Leben der Stadt einbezogen ist. Es komme darauf an, mit dem Neubau eine größtmögliche Transparenz, Ausstrahlung und Belebung der Potsdamer Mitte zu erreichen.*

*Es könne kaum sein, dass der Oberbürgermeister über die neuesten Mitteilungen zur konkreten Bauausführung nicht informiert gewesen sei, stellte Scharfenberg fest, nachdem Jakobs mehrfach diese Frage verneint hatte. Verweise auf das Land als Bauherrn seien hier genauso unangebracht wie bei der Zuständigkeit von Schallschutz an Landesstraßen. „Hier sind Potsdamer Bürger betroffen. Und das ist unsere Sache.“*

*Der Antrag der LINKEN dazu, dass Hauptausschuss der Stvv. und Landtagspräsidium die Einbeziehung der Stadt in die konkrete Bauausführung diskutieren, wurde nicht sofort beschlossen, sondern in den Bauausschuss verwiesen.*

## In der Stadtverordnetenversammlung geredet

Mike Schubert, SPD:  
„Potenziale der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen (Bußgeld-einzug) erschließen.“

Michael Schröder, CDU:  
„Sämtliche freiwilligen Aufgaben auf den Prüfstand.“

Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE:  
„Diese Stadt kann mehr.“

Nils Naber, Grüne:  
„Die freiwilligen Leistungen machen die Attraktivität dieser Stadt aus.“

Martina Engel-Fürstenberger, FDP:  
„Wollen wir die Stadt mit dem schönsten Uferweg werden?“

Christian Kube, Die Andere:  
„Größtes Einsparpotenzial ist die Potsdamer Mitte.“

Ute Bankwitz, Bürgerbündnis:  
„Mehr unternehmerisches Denken in der Stadtverwaltung.“

### Vorschläge der LINKEN, die sämtlich durch die Rathauskooperation „weggestimmt“ wurden

#### Kostenloses Schüleressen

Die Diskussion um das kostenlose Schüleressen für bedürftige Schülerinnen und Schüler ist für die LINKE eine wesentliche Maßnahme des sozialen Ausgleichs in der Landeshauptstadt, „gerade auch nachdem das Bundesverfassungsgericht eine unzureichende Ausstattung für Kinder aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften festgestellt hat“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg in der Haushaltsdebatte.

Ursprünglich sei eine Einigung möglich erschienen, denn auch der Oberbürgermeister hatte 2007 geäußert, das sei gut angelegtes Geld, „das sind uns die Kinder wert“. Scharfenberg weiter: „Aber mittlerweile habe ich den Eindruck, dass die Einführung dieses kostenlosen Schulessens unter allen Umständen verhindert werden soll, weil sich die LINKE konsequent dafür einsetzt.“

**Mit der Bemerkung „Deckung ungeeignet“ wurden im Block auch die weiteren Vorschläge der Linksfraktion zum Haushalt abgelehnt. Das betrifft:**

**Förderung der Arbeit des Offenen Kunstvereins (12.000 Euro)**

**Die Einführung des Ehrenamtspasses (20.000 Euro)**

**Zusätzliche Mittel für „freiLand“ (20.000 Euro)**

**Die schrittweise Realisierung des Radwegs Schlaatz/Drewitz in Ergänzung des Radverkehrskonzeptes.**

**Weitere „Haushaltsbegleitende Anträge“ wurden ebenfalls abgelehnt:**

**Das betrifft:**

**Die Prüfung einer zentralen Vergabestelle zur Bündelung der Kompetenz der Stadtverwaltung, um Kosten für die Inanspruchnahme externer Fachleute zu sparen.**

**Die Prüfung der Möglichkeit, die gegenwärtige Personalplanung 2011 und ihre Finanzierung in die Verantwortung der Geschäftsbereiche zu legen.**

**Der Auftrag, dass Wettbewerbe zu Planungen und Bauvorhaben der Landeshauptstadt im kommenden Jahr rechtzeitig in diesem Jahr durch die Fachgremien der Stvv behandelt und finanziell berücksichtigt werden.**

**Für das Haushaltssicherungskonzept bis 2013 hat die LINKE vorgeschlagen:**

#### Finger weg von der Musikschule

Die beabsichtigten Einsparungen in der Musikschule zurückzunehmen. Durch die Erhöhung des Gruppenunterrichtes an Stelle von Einzelunterricht sollen 230.000 Euro eingespart werden. Weitere 240.000 Euro sollen durch den Ersatz von Personal durch Honorarkräfte gespart werden. Dies widerspreche den Bemühungen der Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ nach Erhöhung von Qualität und Quantität in den Musikschulen.

**Aus dem Haushaltssicherungskonzept sollen ebenfalls die Prüfungen (auf Einsparungsmöglichkeiten) der Wirtschaftlichkeit des Wohnheimes für Azubis herausgenommen werden, wie auch der Ersatz der Küchenbewirtschaftung im Wohnheim „Am Bisamkietz“ durch eine Fremdfirma.**

**Zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS (Kommunaler Immobilien Service) hatte die LINKE folgende Vorschläge eingebracht, die ebenfalls abgelehnt wurden:**

**Die Sanierung der Fenster in der Pierre-de-Coubertin-Oberschule und in der Waldstadt-Grundschule.**

**Die Sanierung der Sanitäranlagen in der Turnhalle der Waldstadt-Grundschule.**

Brigitte Oldenburg:

### Warum ich gegen den Haushalt gestimmt habe



Die Abgeordnete der LINKE Brigitte Oldenburg nutzte die Möglichkeit, nach ihrer Ablehnung dem Plenum ihr Abstimmungsverhalten zu erklären:

Die mehr-

heitliche Zustimmung zum Haushalt zeige, „dass die Rathauskooperation steht“.

Weiter sagte sie, es stimme sie aber traurig, „dass während der Debatte und während der Abstimmungen zu Einzelanträgen von anderen Fraktionen, Ausschüssen und Ortsbeiräten in einigen Gesichtern der Rathauskoalitionäre nur der pure Spaß an Machtausübung zu erkennen war. Es stimmt mich traurig, dass Sachentscheidungen zu diesen Anträgen nicht möglich waren. Trotz der von meinem Fraktionsvorsitzenden auch dargestellten prinzipiellen positiven Stellungnahme zum vorgelegten Haushaltsentwurf der Verwaltung nun mit einigen kosmetischen Änderungen als Entgegenkommen der Verwaltung gegenüber den Rathauskoalitionären konnte ich meine Zustimmung nicht geben.“

### Baumfällungen

Welche Ausgleichsmaßnahmen sind für die ausgedehnten Fällungen an der Straße Am Neuen Palais vorgesehen, wollte Ralf Jäkel wissen. Baubeigeordneter Matthias Klipp erklärte, dass 78 Bäume gefällt worden seien. Dafür würden 80 Linden neu gepflanzt. Die anderen „durchgewachsenen Wildlinge“ seien „auf Stock gesetzt“ worden, damit sie als Hecke wieder austrieben. Auf 500 Metern soll hier eine Allee nach historischem Vorbild entstehen.

### Gestaltung Luisenplatz

Dr. Karin Schröter wollte wissen, welche Planungen es für die Gestaltung des Luisenplatzes gebe. Baubeigeordneter Matthias Klipp teilte mit, dass es hierzu keine Vorstellungen gebe. Der Luisenplatz sei der

einzigste freie Platz für Veranstaltungen in der Innenstadt. Außerdem müsse bei Bepflanzungen oder besonderen Belastungen immer berücksichtigt werden, dass sich darunter eine Tiefgarage befindet.

### Kastellanhaus Am Stern

Ob das Kastellanhaus des Jagdschlösses Am Stern im Immobilienkatalog der Wirtschaftsförderung angeboten wird, wollte Brigitte Oldenburg erfahren. Oberbürgermeister Jakobs teilte mit, dass die Stiftung bisher der Bitte nach den entsprechenden Angaben nicht nachgekommen sei. Die Bitte werde für den nächsten Katalog wiederholt.

### Grundstück Brauhausberg

Die notwendige Rückauffassung der Baugrundstücke am Brauhausberg von den

Stadtwerken an die Stadt mahnte Brigitte Oldenburg nach dem veränderten Zweck der Eigentumsübertragung an. Kämmerer Burkhard Exner verneinte die Notwendigkeit. Die Zweckbindung für das Bad werde dadurch erfüllt, dass die Erlöse aus dem Verkauf des Grundstückes für das Bad im Bornstedter Feld eingesetzt werden.

### Eintrittspreise für neues Schwimmbad

Kulturbeigeordnete Iris-Jana Magdowski teilte auf die Frage von Brigitte Oldenburg mit, dass die Eintrittspreise für das neue Schwimmbad sich an den ansonsten in der Stadt üblichen orientieren. Nach Auskunft der Stadtwerke können sie auch gehalten werden.

### Auswirkungen für Arbeitslose

Jana Schulze fragte, welche Auswirkungen die Haushaltssperre des Bundes auf Arbeitsmarktprojekte der PAGA in der Stadt hat. Rund 800.000 Euro mache die Sperre aus, informierte Beigeordnete Elona Müller. Mit den sonstigen Kürzungen stünden in diesem Jahr rund 2 Millionen Euro weniger zur Verfügung als 2009. Dies würde sich auf die Ausgabe von Vermittlungsgutscheinen und von Eingliederungszuschüssen für Arbeitgeber auswirken. Die Organisation von geförderten Maßnahmen, „Arbeitsgelegenheiten“, sinkt von 140 auf 80 Plätze.

### Freie Schulwahl

Hella Drohla fragte, wie die Verwaltung den Elternwunsch nach freier Schulwahl künftig realisieren wolle. 51 Prozent hätten sich für die Gesamtschule entschieden, was aber wegen der fehlenden Kapazität nicht realisiert werden könne. Die zuständige Beigeordnete Dr. Iris-Jana Magdowski erklärte, dass sie gerade dabei sei, die Zweitwünsche abzufragen, Rückmeldungen erwarte sie in den nächsten Tagen. Hella Drohla erinnerte daran, dass die LINKE vergeblich für den Erhalt der Goetheschule als Gesamtschule gestritten hatte und der jetzige Schulentwicklungsplan an der Realität vorbeigehe.

## Was – wann – wo?

### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn 18 Uhr  
19. und 26. April; 03.; 10. und 17. Mai 2010

### 17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal  
05. Mai 2010, Beginn 15 Uhr

### Frühschoppen „Rathausreport live“

Restaurant „Korfu“, Dorfstraße 15,  
Ortsteil Groß Glienicke  
09. Mai 2010, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 4/2010

Stadthaus, Raum 3.107  
14. Mai bis 19. Mai 2010 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände in den Stadtteilen:

#### 14. Mai 2010

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern  
15:00 Uhr Rathaus Babelsberg  
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center  
Drewitz  
16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße  
Waldstadt II

#### 15. Mai 2010

10:00 Uhr REWE-Markt  
Zentrum Ost  
10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-  
Platz/Am Schlaatz  
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

### Bürgersprechstunde

**Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,  
Fraktionsvorsitzender und MdL, am  
Mittwoch, 21. April 2010, von 17 – 18 Uhr im  
Bürgerbüro, Galileistraße 37/39  
(Bürgerhaus Stern\*Zeichen)**

Voranmeldungen sind möglich unter:  
Tel.: 0331/600 50 69;  
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

### Unterschriftensammlung

#### Bürgerbegehren

#### „Freies Ufer am Griebnitzsee“

Listen liegen u. a. aus im Stadthaus, Fraktion DIE LINKE, Raum 3.107; Bürgerbüro Dr. Scharfenberg, Galileistr. 37/39; Kino „Thalia“; Griebnitzsee „das lokal“ und in der Stadtteilkneipe „Nowawes“.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19